

Niederschrift BAU/043/2013

über die öffentliche und nichtöffentliche Sitzung des
Bauausschusses der Stadt Rheine
am 12.09.2013

Die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine, zu der alle Mitglieder ordnungsgemäß eingeladen und - wie folgt aufgeführt - erschienen sind, beginnt um 17:30 Uhr im Sitzungssaal 126 des Neuen Rathauses.

Anwesend als

Mitglieder:

Herr Matthias Auth	CDU	Ratsmitglied / 2. Stellv. Vorsitzender
Herr Antonio Berardis	SPD	Ratsmitglied
Herr Matthias Berlekamp	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Heinrich Hagemeyer	CDU	Ratsmitglied / 1. Stellv. Vorsitzender
Herr Peter Kölker	SPD	Sachkundiger Bürger
Herr Paul-Dieter Michalski	SPD	Sachkundiger Bürger
Frau Theresia Nagelschmidt	CDU	Ratsmitglied
Herr Sascha Nolden	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Thomas Oechtering	CDU	Ratsmitglied
Frau Theresia Overesch	CDU	Ratsmitglied
Herr Bernhard Strotmann	CDU	Sachkundiger Bürger
Herr Antonius van Wanrooy	CDU	Ratsmitglied
Herr Detlef Weßling	SPD	Ratsmitglied
Herr Johannes Willems	FDP	Sachkundiger Bürger
Herr Heinrich Winkelhaus	Alternative für Rheine	Sachkundiger Bürger

beratende Mitglieder:

Herr Kurt Radau	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Sachkundiger Bürger
Herr Claus Meier		Sachkundiger Einwohner f. Beirat für Menschen mit Behinderung
Herr Heinz Werning		Sachkundiger Einwohner f. Seniorenbeirat

Herr Kadir Yalcin

Sachkundiger Einwohner
f. Integrationsrat

Vertreter:

Herr Volker Brauer

SPD

Vertretung für Herrn
Karl-Heinz Brauer

Herr Alexander Ettlin

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zur Verpflichtung er-
schienen

Herr Eckhard Roloff

SPD

Vertretung für Herrn
Bernhard Kleene

Verwaltung:

Herr Jan Kuhlmann

Erster Beigeordneter

Herr Werner Schröer

Fachbereichsleiter FB 5

Frau Claudia Kurzinsky

Produktverantwortliche
Hochbau

Herr Hans-Jürgen Gawollek

Produktverantwortlicher
Straße/Grün

Herr André Löckener

FB 5, Projektmanage-
ment Bahnflächen

Herr Martin Forstmann

Mitarbeiter der TBR

Herr Josef Lucas

Mitarbeiter TBR

Herr Thomas Roling

Mitarbeiter TBR

Frau Andrea Mischok

Schriftführerin

Entschuldigt fehlen:

Vorsitzender:

Herr Karl-Heinz Brauer

SPD

Ratsmitglied / Vorsit-
zender

Mitglieder:

Herr Bernhard Kleene

SPD

Ratsmitglied

Frau Birgit Marji

Alternative für Rheine

Ratsmitglied

Herr Hagemeier eröffnet die heutige Sitzung des Bauausschusses der Stadt Rheine und stellt die Beschlussfähigkeit fest. Herr Brauer lässt sich für die heutige Sitzung entschuldigen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde angeregt, TOP 7 – Festlegung der Ausstattungsmerkmale Humboldtplatz (Vorlage 390/13) von der Tagesordnung zu nehmen, da die Vorlage den Fraktionen zur Beratung nicht rechtzeitig zur Verfügung stand. Nach eingehender Diskussion wurde entschieden den TOP 7 auf der Tagesordnung zu belassen und zu beraten.

Änderungsanträge zur Tagesordnung werden somit nicht gestellt.

Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde Herr Alexander Ettlín von Herrn Hagemeier – stellv. Ausschussvorsitzender - für den Bauausschuss verpflichtet.

Öffentlicher Teil:

1. Niederschrift Nr.42 über die öffentliche Sitzung am 11.07.2013

00:08:10

Änderungs- und Ergänzungswünsche zur Niederschrift werden nicht vorgetragen. Diese ist somit genehmigt.

2. Bericht der Verwaltung über die Ausführung der in der öffentlichen Sitzung am 11.07.2013 gefassten Beschlüsse

00:08:24

Herr Schröer berichtet zu einer Eingabe von Herrn Hagemeier bezüglich der Heinrichstraße. Er teilt mit, dass sich der Arbeitskreis Verkehr mit der Problematik noch einmal beschäftigt habe und verliest die Antwort.

Eingabe von Herrn Hagemeier zur Verkehrssituation Heinrichstraße vom 11.07.2013

Sehr geehrte Herr Schröer,

trotz mehrmaligen Vorsprechens in Ihrem Büro, auch unter dem Hinweis der abschließenden Beurteilung durch Schreiben der Frau Bürgermeisterin, bin ich zu der Erkenntnis gekommen, dass sich die Situation verschlechtert hat. Herrn Bau-A.-Vors.Brauer habe ich auch kontaktiert. Er bittet darum, in die Ergebnisfindung mit einbezogen zu werden.

Hier die komprimierte Eingabe/ Anregungen:

1. Seit 12/09 gibt es Beschwerden. Siehe MV vom 29.3.12
2. Neue Situationen:
 - 2.1 Seit der Ampelanlage bei Berning hat der Durchgangsverkehr zugenommen.
 - 2.2 Durch den Rückstau Salzbergener Str./Neuenkirchener Str. Zunahme des Durchgangsverkehrs.
 - 2.3 Viele EL-Fahrer kommen von der Salzbergener Strasse bzw. Bodelschwinghbrücke und fahren zurück durch das Wohngebiet.
 - 2.4 Durchfahrt von Schülerbussen zum Schulzentrum Wietesch.
 - 2.5 Durchfahren von Schülern zu den Berufskollegs.
3. Vorschläge:
 - 3.1 Tempo 20-Zone, "Anlieger frei"
 - 3.2 Heinrichstr.: Parkstreifen im Wechsel rechts/links aufzeichnen (z.B. Talstraße)
 - 3.3 Einfahrt Luisenstr. in die Adolfstr. als Einbahnstrasse
 - 3.4 Von der Adolfstrasse nur Linksabbieger.
 - 3.5 Autos fahren über den Bürgersteig: Poller sollen Abhilfe schaffen.
4. Bürger wollen an einer Lösung mitarbeiten.

Sehr geehrter Herr Schröer,
ich würde mich freuen, wenn Sie in der Bauausschuss-Sitzung am 11.7.13 hierzu Stellung nehmen könnten.

Mit freundlichen Grüßen
Heinz Hagemeier

Von: Elbers, Rüdiger

Gesendet: Dienstag, 10. September 2013 15:12

An: Schröer, Werner

Cc: Löcke, Albert; Roling, Thomas (TBRheine); 'stefan.heskamp@polizei.nrw.de'; Kramer, Michael

Betreff: Heinrichstraße -Eingabe im Bauausschuss-

Guten Tag Herr Schröer,

wegen untenstehender Angelegenheit wurde heute im AK-Verkehr (unabhängiges Verkehrsgremium, bestehend aus Vertretern der Polizei, der Straßenverkehrsbehörde, der Straßenplanung und der Technischen Betriebe Rheine) beraten:

Alle Beteiligten sind der Auffassung, dass die Sach- und Rechtslage sich nicht geändert hat. Insofern liegen aus Sicht der AK-Mitglieder nach wie vor die Voraussetzungen für straßenverkehrsrechtlichen Maßnahmen nicht vor. Dies wurde Herrn Helmut Walzel als Vertreter der Nachbarschaft „Heinrichstraße“ in zahlreichen Schreiben und auch persönlichen Gesprächen mitgeteilt.

Die einzige Möglichkeit, eine weitere Optimierung zu erreichen, besteht darin, die Straße neu auszubauen.

Ich würde mich freuen, wenn Sie Herrn Heinz Hagemeier über das Beratungsergebnis informieren.

Mit freundlichen Grüßen

im Auftrag

Rüdiger Elbers
Stadt Rheine
Die Bürgermeisterin
Fachbereich Recht und Ordnung

3. Informationen

3.1. Personenunterführung Bahnhof Rheine

00:09:20

Herr Schröder stellt die Glasverkleidung für die Personenunterführung vor. Er erklärt, dass die Glasverkleidung mit der Verkleidung der Treppenaufgänge im Grundton identisch sei. Diese Glasverkleidung konnte beauftragt werden, da sie schon vor zwei Jahren diskutiert wurde.

Für die Tunnelwände war ursprünglich ein anders Glas geplant. Dieses sei jedoch nicht für den Außenbereich geeignet.

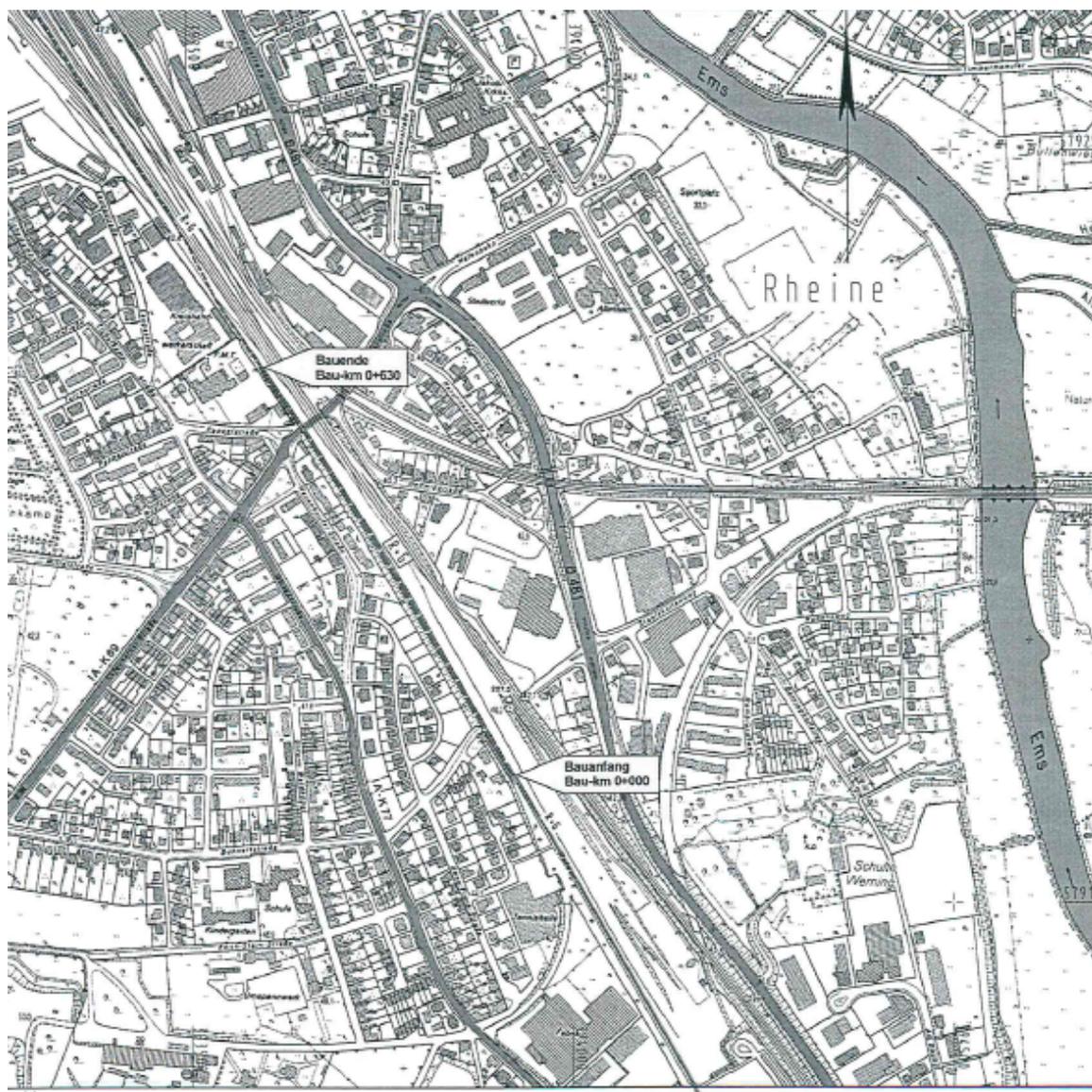
Die Verkleidung für den Bahnhofstunnel Rheine wurde, in Anlehnung an die Tunnelverkleidung des Bahnhofes Münster, ausgesucht. Die Elektroarbeiten werden gemeinsam mit der DB Projektbau, die Tunnelwände und Decken von der Stadt Rheine ausgeschrieben. Die Ausschreibungen müssen zügig erfolgen, um eine Vergabe der Maßnahmen im Dezember noch zu gewährleisten, soweit seitens des Ausschusses kein Widerspruch bestehe. Die Gestaltung des Bahnhofstunnels soll in den ersten drei Monaten 2014 erfolgen.

Herr Hagemeier stellt fest, dass es diesbezüglich keinen Widerspruch im Ausschuss gebe.

3.2. RadBahn Münsterland (Radweg Rheine-Coesfeld)

00:11:23

Herr Schröder teilt mit, dass es Bemühungen gebe, den Radweg bis zum Bahnhof Rheine bzw. bis zu Luftrettungsstation weiterzuführen. Dieses Projekt werde vom Kreis Steinfurt als federführender Träger mit der Stadt Rheine gemeinsam betrieben. Der Kreis Steinfurt habe einen Änderungsantrag bei der Bezirksregierung Münster, auf finanzielle Förderung für den nächsten Abschnitt – Staelskottenweg bis zur Catenhorner Straße / Münsterstraße –, gestellt. Hierbei soll das Bauende der RadBahn am Staelskottenweg aufgenommen und als nächster Abschnitt in Richtung Bahnhof weitergeführt werden.



 KREIS STEINFURT Dezernat III / 66 Straßenbauamt	Unterlage: 3	
	Blatt-Nr.: 1	
Projekt: RadBahn Münsterland - Rheine	Datum	Zeichnen
Neubau Radweg nördliche Verlängerung Bauabschnitt 1b	bearbeitet Juli 2013	Fehr
	gezeichnet Juli 2013	Ruhnkrkel
	geprüft Übersichtslegeplan Maßstab: 1:5000	
Aufgestellt: Steinfurt, den		

3.3. Sachstand Parkraumgutachten Mathias-Spital

Herr Schröder erklärt, dass das Parkraumkonzept Mathias-Spital in verschiedenen Gremien ausgiebig diskutiert wurde und in Kürze konkrete Maßnahmen vorgestellt werden können. Hierbei gehe es hauptsächlich um die Beschilderung, den Einsatz von Parkscheinautomaten etc. Die Umsetzung der Stufe 1 werde dem Ausschuss in der nächsten bzw. übernächsten Sitzung vorgeschlagen.

Herr Weßling berichtet von einem Gespräch mit Herrn Tacke, in dem Herr Tacke geäußert habe, dass er neben seinem Bürohaus ein Parkhaus bauen werde. Er könne sich vorstellen, nicht nur Einstellplätze für seine Mitarbeiter vorzusehen, sondern auch Parkplätze an die Mitarbeiter des Mathias-Spitals zu vergeben.

4. Eingaben

4.1. Erweiterung der Fahrradstellanlage in der Innenstadt

00:14:59

Herr Schröder informiert, dass die Eingabe an den Gutachter des Rahmenplanes Innenstadt weitergeben werde, um von dort Vorschläge zur evtl. Erweiterung der Fahrradstellanlage zu erhalten. Er weist darauf hin, dass es weitere Informationen zum Rahmenplan Innenstadt in der nächsten Sitzung des Stadtentwicklungsausschusses geben werde.

Herr Beradis fragt an, ob diese Einstellplätze in Konkurrenz zur neu geplanten Radstation stehen werden.

Herr Schröder verneint dies. Er sehe keinen Widerspruch zur Radstation, da sich die Eingabe auf den Bereich Innenstadt beziehe.



Die Vorsitzende

Helena Reinhardt

Elpersstiege 75
48431 Rheine

Tel.: 05971 9844908
E-Mail: h.reinhardt-uhlein@web.de

CDU Rheine - Bahnhofstraße 10 - 48431 Rheine

An die Stadt Rheine
Vorsitzender Bauausschuß
Herrn Karl-Heinz Brauer
Rathaus Rheine

Antrag auf Erweiterung der Fahrradstellanlagen in der Innenstadt

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren !

Bei einer Begehung der Innenstadt stellten die Mitglieder der CDU-Stadtteilunion Rheine-Mitte fest, dass die vorhandenen Abstellmöglichkeiten für Fahrräder im Bereich der Innenstadt nicht ausreichen. Hinzu kommt, dass die vorhandenen Fahrradständer in einem desolaten Zustand sind bzw. den heutigen technischen Standard nicht erfüllen.

Ein Mangel an Abstellplätzen konnte beispielhaft am Alten und Neuen Rathaus, entlang der Matthias- und Poststraße, sowie auf dem Thie und im Bereich der Familienbildungsstätte festgestellt werden.

Technisch unzureichend sind die Anlagen auf dem Staelschen Hof, die, „konstruktionsbedingt“ die eingestellten Räder beschädigen können.

Weiterhin war besonders auffällig, dass sich die Anlagen rund um das Nadorff-Haus und hier entlang der „Gelben Passage“, sowie bei der ehemaligen Hertieanlieferung in einem optisch unansehnlichen Zustand befinden.

Wir möchten den Bauausschuss bitten, die Verwaltung zu beauftragen, die von uns angemerkten Punkte zu überprüfen und Vorschläge zur Beseitigung der Mängel zu unterbreiten.

Die o.g. Begehung erfolgte aufgrund einer Bürgerbefragung innerhalb unseres Canvassings im Herbst 2012.

Sollten noch Rückfragen erforderlich sein, so stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Helena Reinhardt

-Vorsitzende-

Nachrichtlich:

Fraktionsvorsitzender CDU Herr Udo Bonck

Fraktionsvorsitzender SPD Herr Jürgen Roscher

Fraktionsvorsitzender FDP Herr Alfred Holtel

Fraktionsvorsitzender Bündnis 90 die Grünen Herr Michael Reiske

**5. Straßenbaulast für die Landes- und Kreisstraßen in der Ortsdurchfahrt Rheine
Vorlage: 373/13**

00:17:18

Herr Kuhlmann verweist auf die Vorlage. Warum man sich vor Jahren zur Abgabe der Straßenbaulast anders entschieden habe, sei in der Vorlage ausgiebig erklärt worden. Anders als zum damaligen Zeitpunkt gehe es heute eher um die Möglichkeit der Einsparmöglichkeiten bei Unterhaltungskosten als um die Beibehaltung der Gestaltungshoheit, sowohl bei Landes- als auch bei Kreisstraßen. Er weist darauf hin, dass bei einer Übergabe der Straßenbaulast ein gewisses Risiko bezüglich des Zustandes der Straßen bestehe. Man müsse abwarten, ob der Straßenzustand den Anforderungen des Kreises / Landes zur Übernahme entspreche. Dieses werde abschließend in einer Begehung erörtert werden. Herr Kuhlmann geht davon aus, dass an dieser Stelle eine Einigung herbeigeführt werden könne. Gleichwohl bestehe natürlich das Risiko, dass Land und Kreis noch Reparaturarbeiten an Straßen einfordern können. Abschließend empfiehlt er dem Ausschuss, die Entscheidung wie im Beschlussvorschlag formuliert, zu treffen.

Auf Anfrage von Herrn Hagemeier, erklärt Herr Lucas –TBR, dass die Übergabe der Straßenbaulast auch Auswirkungen auf die Amtshilfevereinbarung haben werde. Da es sich in diesem Bereich allerdings eher um Fremdleistungen handle, werde der eigene Personalstamm kaum betroffen sein. Tätigkeiten wie der Winterdienst und die Verkehrssicherungspflicht werden weiterhin bei der TBR liegen, so dass sich die Betriebstätigkeiten nicht großartig verändern. Die einzige Unsicherheit bestehe in Bezug auf die Erneuerungsmaßnahmen der Land- und Bundesstraßen, ob diese weiterhin von der Stadt Rheine durchgeführt werden.

Herr Hagemeier fragt an, ob es für die Übergabe der Straßenbaulast ein Zeitfenster gebe.

Herr Schröder bestätigt, dass das erste Datum der 01.01.2014 sei, bei dem die Straßen von Gesetzes wegen in die Baulast der einzelnen Träger übergehen werden.

Für das weitere Verfahren sei man mit der Regionalniederlassung Straßen NRW in Coesfeld im Gespräch. Hier gehe es eventuell um eine Unterhaltungs- und Instandsetzungsvereinbarung (UI), welche es schon für die Unterhaltung der Bundesstraßen gebe. Diese UI-Vereinbarung würde die Übernahme der Unterhaltung und Instandsetzung bei Landesstraßen durch die Stadt Rheine beinhalten. Ob diese Möglichkeit bestehe und auch so gewollt sei, werde von Straßen NRW geprüft.

Frau Overesch teilt mit, dass die CDU-Fraktion der Übertragung der Baulast zum 01.01.04 zustimme, wohl wissend, dass sich dadurch das Eigenkapital der Stadt Rheine verringern werde. Wichtig sei der Fraktion zum einen, dass auch der Verwaltungsvorstand diesem Verfahren zustimme und zum anderen, dass die dazugehörigen Brückenbauwerke mit übertragen werden, da die Unterhaltung dieser Brücken sehr kostspielig sei.

Herr Weßling erklärt, dass es für die SPD-Fraktion wichtig sei, keine gravierenden personellen Auswirkungen durch die Übergabe der Straßenbaulast zu erzeugen. Er gehe davon aus, dass die Fraktion mehrheitlich zustimmen werde.

Herr Willems erklärt, dass die FDP-Fraktion dem Beschluss zustimmen könne.

Herr Auth merkt an, dass durch die Übergabe der Straßenbaulast, der Einfluss auf Ampelschaltungen verloren gehe. Er möchte wissen, inwieweit der neue Träger zum neuen ÖPNV-Beschleunigungsprogramm stehe und wie kooperativ er sei.

Herr Schröder erwidert, dass es einen Termin zu diesem Thema mit Straßen NRW in Coesfeld gegeben habe. Straßen NRW stimme den Verbesserungen bei Ampelanlagen generell zu. Um in Detailverhandlungen eintreten zu können, müssen die Ampelanlagen einzeln begutachtet werden. Die Notwendigkeit einer neuen Beschlussfassung sehe er nicht gegeben. Der Bauausschuss werde über das weitere Verfahren informiert.

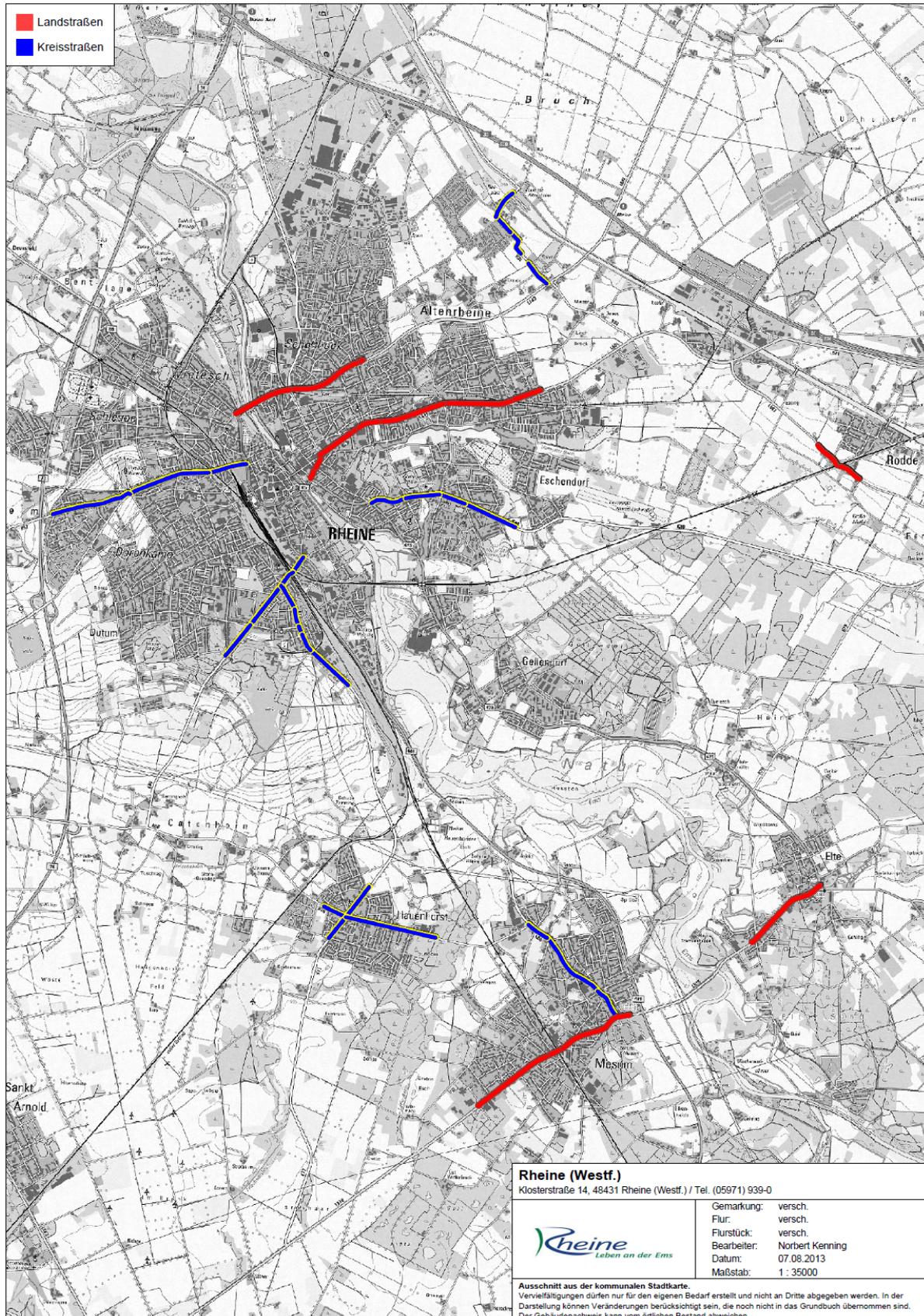
Weiterhin teilt Herr Schröder mit, dass der Aufsichtsrat der Stadtwerke Rheine beschlossen habe, die ÖPNV-Beschleunigung unabhängig von einer Zuschussgewährung durchzuführen.

Herr Winkelhaus erklärt, dass die Alternative für Rheine dem Beschlussvorschlag zustimmen werde. Er erkundigt sich, ob mit Schwierigkeiten, bezüglich der in Kooperation statt findenden Kanalbauarbeiten, zu rechnen sei.

Herr Forstmann erklärt, dass die Straßen auch weiterhin in Kooperation mit dem jeweiligen Partner gebaut werden. Er betont ausdrücklich, dass es keine zwei Baumaßnahmen geben werde.

Herr Schröder teilt mit, dass es schon eine Regelung für Bundesstraßen gebe, die sich nicht in der Baulast der Stadt Rheine befinden. Hier werde vom Baulastträger ein Verwaltungskostenbeitrag in Höhe von 10 % gezahlt, wenn die Kanal- und Straßenbauarbeiten durch die Stadt Rheine / TBR ausgeführt werden. Man werde versuchen dieses Verfahren auch beim Land anzuwenden.

Herr Oechtering meldet sich zu Wort und erklärt sich zu diesem Punkt befangen. Er werde an der Abstimmung nicht teilnehmen.



Beschluss:

Der Bauausschuss empfiehlt dem Haupt- und Finanzausschuss dem Rat der Stadt Rheine vorzuschlagen, die Baulast für Land- und Kreisstraßen innerhalb der Ortsdurchfahrten zum 1. Januar 2014 abzugeben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

6. Prioritätenliste für den Ausbau von Straßen Vorlage: 372/13

00:29:14

Herr Schröder führt in die Thematik ein und erläutert, dass die vorgelegte Prioritätenliste der Verwaltung dazu diene, für die Planung der Straßen und Plätze Vorarbeiten treffen zu können. Hierbei gehe es z.B. um Vermessungsleistungen und die Erstellung von Kartengrundlagen.

Alle Projekte dieser Liste seien derzeit auch so in den Haushaltsplanentwurf aufgenommen worden. Laut Aussage des Fachbereiches 4, sei eine Änderung des Haushaltsplanentwurfes zum jetzigen Zeitpunkt nicht möglich. Die endgültige Entscheidung über die jeweiligen Projekte, müsse dann im Rahmen der Haushaltsplanberatungen am 05. Dezember 2013 im Bauausschuss erfolgen. Trotzdem sei es wichtig, dass bereits in der Sitzung Diskussionen über ggfs strittige Punkte geführt werden.

Änderungswünsche werde er als Anregung für die nächsten Haushaltsplanberatungen mitnehmen.

Herr Gawollek erklärt, dass in der Anlage I nur die Projekte dargestellt sind, die tatsächlich im Haushalt mit einem Budget vertreten seien. In der Gesamtzusammenstellung (Anlage 2) seien die Projekte im gesamten Finanzplanungszeitraum abgebildet.

Herr Hagemeyer ruft die einzelnen Abschnitte der Prioritätenliste auf.

I. Straßen in Siedlungsgebieten

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

II. Stadtstraßen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

III. Innerstädtische Investitionsprojekte

Herr Wessling teilt mit, dass innerhalb der SPD-Fraktion Einigkeit darüber bestehe, dass die Maßnahme „Marktplatz“ vor 2016 abgewickelt werden müsse. In der letzten Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses habe Herrn Kuhlmann mitgeteilt, dass der Rahmenplan Innenstadt dieses Projekt beinhalten werde. Aus Sicht der SPD-Fraktion müsse, im Hinblick auf die anstehenden städtischen Verände-

rungen bezüglich der Emsgalerie, für den Stadtteil ein Zeichen gesetzt werden. Somit könne, aus Sicht der SPD-Fraktion die Maßnahme Marktplatz nicht erst im Jahr 2016 in Angriff genommen werden.

Herr Schröder weist darauf hin, dass es eine fertige Planung für den Marktplatz gebe. Diese Planung sei dem Bauausschuss im Jahr 2009 vorgestellt worden. Aufgrund der zum damaligen Zeitpunkt schwierigen Haushaltslage, habe man das Verfahren angehalten und die Offenlage noch nicht durchgeführt. Für den Marktplatz müsse nur noch eine Bürgerbeteiligung beschlossen werden um diese Maßnahme voranzutreiben.

Herr Schröder sagt zu, die damalige Vorlagennummer mitzuteilen.

Anmerkung des Sitzungsdienstes:

Vorlagen Nr. 502/09 – Umgestaltung des Marktplatzes, Offenlage der Ausbauplanung

Frau Overesch bezieht sich auf die Ausführungen von Herrn Weßling und teilt mit, dass die CDU-Fraktion diesen Sachverhalt anders sehe. Die CDU-Fraktion möchte erst die Ergebnisse aus der Rahmenplanung Innenstadt abwarten, um dann daraus Prioritäten festzulegen. Sie empfiehlt, die Haushaltsplanberatungen abzuwarten, in denen dann die Ergebnisse aus der Rahmenplanung Innenstadt mit einfließen können.

Herr Kuhlmann erläutert, dass die Rahmenplanung Innenstadt Projekte im Wert von bis zu 15 Mio. Euro beinhalte. Als Erstes müsse geklärt werden, nach welchen Kriterien Prioritäten gesetzt werden sollen. Ein wichtiges Kriterium muss seines Erachtens sein, ob Fördermittel generiert werden können. An dieser Stelle müsse jedoch genau beleuchtet werden, welche Mittel überhaupt notwendig seien.

Dass der Marktplatz die „Gute Stube der Stadt“ sei und somit Vorstellungscharakter habe, sollte natürlich Berücksichtigung finden.

Weiter teilt Herr Kuhlmann mit, dass für die Maßnahme „Auf dem Thie“, die Bürgerbeteiligung abgeschlossen sei und im Oktober in den Ausschuss gebracht werde. An dieser Stelle werde es ein weiteres Konzept geben, welches die Emsgalerie berücksichtige. Seiner Meinung nach sei es klug, das Bürgerforum – Rahmenplan Innenstadt - am 07.10.13 abzuwarten und zu sehen, was der Wunsch der Bürger sei.

Zusammenfassend sei zu sagen, dass es wichtig sei, ein integriertes Gesamtkonzept zur Genehmigung beim Land vorzulegen und zu sehen, welche Fördermittel zu generieren seien. Herr Kuhlmann empfiehlt die Prioritätenliste als Diskussionsgrundlage zu sehen, aber die Finanzierbarkeit der Maßnahmen nicht aus den Augen zu verlieren.

Herr Weßling würde es nach den Ausführungen von Herrn Kuhlmann als inkonsequent ansehen, wenn die Maßnahme „Auf dem Thie“ im Jahr 2014 begonnen würde, ohne ein Gesamtkonzept zu haben. Die SPD-Fraktion sehe es als dringend notwendig an, dass vor Eröffnung der Emsgalerie im Bereich Thie/Marktplatz noch etwas geschehe.

Herr Kuhlmann erklärt, dass das Thema „Thie“ einer anderen Sichtweise bedarf. Aus Sicht der TBR gab es die Notwendigkeit den Kanal zu erneuern. Trotz des

zeitlichen Vorziehens der Maßnahme Thie, gebe es allerdings keinen Widerspruch zur Rahmenplanung Innenstadt. Es werde von Klaas (Emsgalerie) und vom Thie kommend eine einheitliche Gestaltung geben. Bei der Baumaßnahme Thie gehe es nur um das Vorabgreifen einer geplanten Maßnahme.

Beim Marktplatz sei es eine andere Sichtweise. Hier müsse keine Planung mehr erfolgen, da die Planung für den Marktplatz schon bestehe. Um den Bürgerwillen zu berücksichtigen und um Prioritäten setzen zu können, sollen diese Maßnahmen im Rahmen des integrierten Handlungskonzeptes diskutiert werden.

Zum späteren Zeitpunkt könne dieses Gesamtkonzept als integrierter Gesamtplan beim Land zur Förderung angemeldet werden. Danach werde es eine weitere Priorisierungsstufe geben, um zu sehen, für welche Maßnahmen beim Land Zuschüsse generiert werden können. So sei zu empfehlen das Bürgerforum am 07.10.2013 abzuwarten, um dann weitere Schritte einzuleiten.

Aus der Sicht von Herrn Beradis gebe es neue Voraussetzungen, weshalb seines Erachtens ein neuer Entwurfsplan erstellt werden müsse. Die Maßnahme Marktplatz solle vorgezogen und eine Andere zurückgestellt werden.

Herr Kuhlmann weist noch einmal darauf hin, dass ein integriertes Gesamtkonzept erstellt werden müsse. Die Zeit einzelner Fördermaßnahmen sei vorbei. Hierfür werden die Unterlagen vorbereitet und abschließend im Bürgerforum am 07.10.2013 präsentiert. Danach habe man eine Priorisierung, mit der man beim Land Fördergelder generieren könne. Er bittet nochmals die Liste zu beschließen und für die innerstädtische Planung die Prioritätenliste abzuwarten.

Herr Nolden teilt mit, dass die FDP-Fraktion den Vorschlag von Herrn Kuhlmann voll unterstützen werde.

IV. Baustraßen (in 2014 nicht vorgesehen)

V. Sonstige Projekte

Herr Hagemeier fragt an, ob zum Thema Hochwasserschutzmauer etwas zu sagen sei.

Hochwasserschutzmauer 53014 - 829

Herr Schröer erklärt, dass der Zuschussantrag für die Maßnahme Hochwasserschutzmauer beim Land gestellt worden sei. Der Rat der Stadt Rheine habe die Durchführung der Maßnahme nur, im Falle einer 80 %igen Förderung, genehmigt. Diese Höhe der Förderung sei verhandelt worden. Eine Rückmeldung vom Land habe es noch nicht gegeben.

Lingener Damm/Venhauser Damm 53014 – 539

Frau Nagelschmidt fragt an, ob der geplante Kreisverkehr in dem Budget enthalten sei.

Herr Schröer teilt mit, dass hier erst einmal das Thema Finanzierung anstehe und nicht die Entscheidung, ob ein Kreisverkehr gebaut würde. Erst wenn die Maß-

nahme für den Haushaltsplan beschlossen werde, könne eine Planung eingereicht und über den Kreisverkehr entschieden werden.

Herr Kuhlmann merkt an, das bei der Fa. Hollweg-Kümpers zurzeit ein 320 Tonnen schweres Getriebe der Fa. Renk verladen werde. Dieses Getriebe müsse mit riesigem Aufwand, mit diversen Schwerlastkränen vom LKW auf das Wasser verladen werden. Seines Erachtens müsse für die Betriebe mit Schwerlasttransporten ein Weg gefunden werden, einfach und ohne störenden Faktoren (Kreisverkehr), diese Güter zu transportieren. Es mache auch Sinn, dies an anderer Stelle zu tun. Wir sind mit dem Landkreis Emsland, der Hafengesellschaft Spelle und dem Kreis Steinfurt im Gespräch um einen machbaren Weg zu finden, der den ansässigen Unternehmen Möglichkeiten gebe, ihre Schwerlasttransporte abzuwickeln. Dafür sei ein Kreisverkehr mitten im Verkehrsweg nach Spelle sicherlich nicht optimal.

Frau Nagelschmidt erklärt, dass auch in anderen Städten Schwerlastverkehr über Kreisverkehre geregelt werde. Welche Straße dieser Verkehr nutzen werde, stehe noch nicht fest. Sie sei deshalb der Meinung, dass der Kreisverkehr nicht außen vor gelassen werden dürfe.

Herr Kuhlmann kann diese Ansicht nachvollziehen. Allerdings sei der Kreisverkehr nicht das Eingangsportal zu einem Stadtteil, sondern habe eine verkehrliche Funktion. Wenn ein Vergleich mit anderen Städten herangezogen werden soll, müssten es Städte sein, die Firmen mit Schwerlasttransporten über 300 Tonnen haben. Wenn allerdings von Logistikern die Aussage komme, dass ein Kreisverkehr ein „AUS“ für diese Transporte bedeute, muss er seiner Verantwortung als Stadtbaurat und Geschäftsführer der EWG Sorge tragen.

IV. Neue Projekte

Frau Overesch merkt an, dass die CDU-Fraktion die Maßnahme Nepumukbrücke in Höhe von 250.000 Euro in der Haushaltsplanberatung weiter nach hinten schieben werde.

Herr Kuhlmann bittet, die Rahmenplanung Innenstadt abzuwarten und politisch zu priorisieren.

Herr Auth weist darauf hin, dass die CDU-Fraktion im letzten Jahr aus der Dringlichkeit heraus angeregt habe, die Alte Hopstener Straße (I. Straßen in Siedlungsgebieten Nr. 17) mit dem Moosgraben (II. Stadtstraßen Nr. 4) in der Priorität zu tauschen.

Herr Schröer verweist noch einmal auf die Haushaltsplanberatungen im Dezember 2013.

Geänderter Beschluss:

Der Bauausschuss beschließt die als Anlage beigefügten Prioritätenlisten für

- I. Straßen in Siedlungsgebieten
- II. Stadtstraßen
- III. Innerstädtische Investitionsprojekte
- IV. Baustraßen (in 2014 nicht vorgesehen)
- V. Sonstige Projekte
- VI. Neue Projekte

vorbehaltlich der endgültigen Beschlussfassung **und der Anmerkungen des Protokolls und der Fraktionen**, zum Haushaltsplan 2014.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. Festlegung der Ausstattungsmerkmale Humboldtplatz Vorlage: 390/13

01:07:02

Herr Schröder teilt mit, dass die Maßnahme Humboldtplatz schon am 21.08.2008 - Vorlage Nr. 165/08 - vom Bauausschuss beraten wurde. Damals wurden die Ausstattungsmerkmale – Entwurf von Herrn Stahl, als Grundlage beschlossen, so dass dadurch eine rechtsgültige Beschlusslage bestehe.

Es sei beschlossen worden, dieses Projekt zur Ausgestaltung dem Bauausschuss noch einmal vorzulegen. Zwischenzeitlich seien das Bauwerk, die Fahrbahn und die Pflasterung fertig gestellt worden.

Für die Ausgestaltung kann Herr Schröder sagen, dass keiner der drei Gestaltungsvorschläge übernommen worden sei. Es sei ein eigenes Modell – das Westfälische Webmuster - entwickelt worden. Die Verwaltung sei der Meinung, dass dieses Modell auf der Asphaltfläche gut umzusetzen sei. Mit den anderen vorgelegten Entwürfen, wäre es schwieriger geworden.

Zum Thema Baustellenandienung eines anderen Projektes an der Ems, kann Herr Schröder sagen, dass die zu gestaltende Fläche, von der Anlieferung der Baumaterialien, nicht betroffen sei. Außerdem gebe es noch eine Bauvoranfrage für eine Hotelenerweiterung in diesem Bereich, wobei auch hier die Baustellenandienung von anderer Seite erfolge.

Herr Kuhlmann fasst noch einmal alle Varianten zusammen und stellt den Werdegang mit deren Entwicklung und Schwierigkeiten dar.

Er teilt mit, dass die von der Verwaltung bevorzugte Variante 4 einem Echtttest unterzogen worden sei. Hierfür wurde an einer Stelle des Bauhofes eine Probefläche erstellt, die täglich dem LKW- und PKW-Verkehr ausgesetzt war. Nach Auswertung aller Fakten, kann nur eine Variante empfohlen werden und zwar die Variante 4 mit dem sog. „Westfälischen Webmuster“. Diese Variante sei technisch gut aufzubringen und benötige lt. TBR nur einen geringen Pflegeaufwand.

Herr Kuhlmann regt an, den Beschluss jetzt zu fassen, damit die Möblierung abgeschlossen und der Belag noch vorm Winter aufgebracht werden könne.

Herr Hagemeier fragt an, ob mit Reaktionen aus der Bevölkerung zu rechnen sei.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es schon Reaktionen gegeben habe, die allerdings keine neuen Erkenntnisse gebracht haben. Er stellt klar, dass die Vorlage durch die Bauverwaltung pünktlich in Umlauf gebracht worden sei. Allerdings habe es für die Bürgermeisterin Gründe gegeben die Vorlage anzuhalten, so dass sie dem Ausschuss erst Montagabend zur Verfügung stand.

Frau Overesch dankt Herrn Kuhlmann für seine Ausführungen. Sie weist darauf hin, dass es der CDU-Fraktion wichtig sei, diese Vorlage in der Fraktionssitzung zu beraten. Sie schlägt vor Teil 1 zu beschließen und die Entscheidung für Teil 2 in die nächste Sitzung des Bauausschusses zu vertagen.

Herr Wessling stimmt dem Vorschlag von Frau Overesch zu.

Herr Beradis bittet die Verwaltung die Art der Mülleimer zu überdenken, da es sicherlich anschaulichere Exemplare gebe, die sich besser ins Gesamtbild einfügen würden.

Herr Schröder werde diese Anregung in die Planung aufnehmen.

Herr Nolden teilt mit, dass die FDP-Fraktion vorschläge, auf das Webmuster ganz zu verzichten und keine Gestaltung des Platzes vorzunehmen. Die Kosten in Höhe von 36.000 Euro sollen eingespart werden. Er regt an, dafür in Sitzbänke und ansehnliche Mülleimer zu investieren.

Herr Berlekamp fragt an, warum die Gestaltung des Platzes nur bis zur Zufahrt des City-Hotels geplant werde. Seines Erachtens gehöre das Webmuster auf die gesamte Fläche, incl. Pflasterfläche, da das Muster als ganzes Asphaltband zu sehen sei. Zudem sei zu erwähnen, dass es in diesem Bereich nur eine geringe Abnutzung aufgrund minimaler Verkehrsbelastung geben werde.

Geänderter Beschluss:

1. Der Bauausschuss beschließt die Ausstattungsmerkmale (Bäume, Bänke, Fahrradständer usw.) des Humboldtplatzes entsprechend der Vorgabe.
2. Der Bauausschuss beschließt, die Variante 4 bezüglich der Markierung umzusetzen. **Die Verwaltung verpflichtet sich, diesen Beschluss nicht auszuführen, sofern es keine einheitliche Rückmeldung aus den Fraktionen gebe. (01:33:20)**

Abstimmungsergebnis: einstimmig

**8. Ausbau Herefortstraße
von Haselweg bis Bergstraße (53014-417)
im Geltungsbereich des Bebauungsplanes Nr. 311,
Kennwort: "Herefortstraße-West"**

**Änderung der Herstellungsmerkmale
Vorlage: 367/13**

01:34:20

Seitens der Verwaltung wird auf die Vorlage verwiesen.

Beschluss:

Änderung der Herstellungsmerkmale

Der Bauausschuss beschließt folgende geänderte Herstellungsmerkmale bezüglich des Fahrbahnoberbaues und der Beleuchtung für den Ausbau der „Herefortstraße“ (von Haselweg bis Bergstraße) im Bereich des Bebauungsplanes Nr.311, Kennwort: „Herefortstraße-West“:

- a) **Fahrbahn**
Herstellung einer asphaltierten Fahrbahn mit neuer Deckschicht, Asphalttragschicht und Frostschutzschicht
- b) **Straßenbeleuchtung**
Betriebsfertige elektrische Straßenbeleuchtung

Abstimmungsergebnis: einstimmig

9. Einwohnerfragestunde (spätestens um 19:00 Uhr)

01:33:59

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

10. Anfragen und Anregungen

01:35:07

10.1. Ausbau Felsenstraße

Frau Overesch stellt fest, dass der Ausbau der Felsenstraße abgeschlossen sei. Sie fragt an, ob auf der Felsenstraße Einbauten zur Geschwindigkeitsreduzierung gemacht werden können, da die Strecke von vielen Grundschulern der Kardinal-von-Galen Schule genutzt werde.

Herr Forstmann werde die Anfrage an den Beirat Verkehr weiterleiten.

10.2. Ausbau Dutumer Straße

Frau Overesch fragt an, ob die Dutumer Straße in Teilbereichen schon freigegeben werden könne. Dies würde die Anwohner sehr entlasten.

Herr Forstmann erklärt, dass es sich hier um eine Linienbaustelle mit 1,2 km Länge handle. Zurzeit würden Bordsteine gesetzt und auch Plattierungsarbeiten ausgeführt. Er kann mitteilen, dass Ende Oktober die Arbeiten abgeschlossen seien.

10.3. Bereich beim ehem. Grundstück Sandmann & Scholten

Herr Weßling teilt mit, dass wie schon in der Zeitung zu lesen war, ein Gebäudekomplex auf dem ehemaligen Grundstück Sandmann & Scholten errichtet werden solle. Dort sei geplant, die Firmen Burger King incl. Drive In, Fressnapf, ein Getränkemarkt und ein Backshop anzusiedeln. Die Anwohner befürchten Immissionen bezüglich Lärmbelästigung und Verschmutzung durch Verpackungen etc. Außerdem befürchte man, dass die Hünenborg in Mitleidenschaft gezogen werden könne. Die Frage der Bürgerinnen und Bürger gehe dahin, ob dort ein Burger King gebaut werden müsse.

Herr Kuhlmann kann mitteilen, dass dieses Vorhaben mit der Verwaltung noch nicht endgültig abgeschlossen sei. Der Pressebericht sei hierzu nicht richtig. Es sei mit den Investoren Gespräche bezüglich des Backshops, des Getränkemarktes und des Fressnapfs geführt worden. Das Thema Burger King sei in dem Gespräch nur angerissen worden. Es gebe inzwischen einen entsprechenden Bauantrag, bei dem noch Klärungsbedarf bezüglich der Immissionen (Lärm, Gerüche etc.) bestehe. Auch müsse die topografische Lage bezüglich der Lärmbelästigung durch einen Drive In, entsprechenden Lichterscheinungen, Lautstärken von Fahrzeugen etc., beleuchtet werden. Bezüglich dieser Punkte sei noch keine endgültige Klärung erfolgt.

Herr Kuhlmann weist darauf hin, dass wenn die gesetzlichen Voraussetzungen für die Baugenehmigung vorliegen, diese auch erteilt werden müsse. Man werde im Rahmen dieser Baugenehmigung alle Aspekte, auch die des Nachbarschutzes, prüfen.

Der Bauantrag fällt unter § 34 des Baugesetzbuches. Es sei auch in Erwägung gezogen worden, den Aspekt der Konfliktbewältigung über einen Bebauungsplan zu regeln. Allerdings gebe es hier, durch die vorhandene Tankstelle und das bisherige Gebäude eine Vorprägung, so dass die gewerbliche Ausübung in einer Art und Weise, wie es der Burger King betreiben werde, als genehmigungsfähig nach § 34 Baugesetzbuch erachtet werden könne.

Wie Herr Weßling schon erwähnt habe, seien Nachbarn aktiv geworden. Herr Kuhlmann habe eine Unterschriftenliste erhalten, die sich nicht mit der Verhinderung des Bauvorhabens, sondern eher mit der Folgenbeseitigung z.B. Eingrünung beschäftige. Dieser Punkt werde in der Baugenehmigung Berücksichtigung finden müssen.

Herr Weßling stellt sich die Frage, ob dort in 3 - 4 Jahren die nächste Burger-King-Ruine stehe.

Herr Kuhlmann erklärt, dass es sich hier um seriöse Investoren handle. Am Standpunkt Burger King Innenstadt, habe es Versicherungsschäden und Probleme mit dem Betreiber gegeben, was Burger King dazu bewogen habe, den Vertrag nicht weiterzuführen. Dies habe mit den Investoren der Bebauung - Grundstück Sandmann & Scholten - nichts zu tun.

10.4. Baumauswüchse im Bereich Bodelschwinghbrücke / Lingener Damm

Herr Winkelhaus berichtet über Baum Auswüchse im Radwegbereich an der Bodelschwinghbrücke und am Lingener Damm stadteinwärts. Die Anwohner müssen darauf hingewiesen werden, dass Bäume auch in den oberen Bereichen zu beschneiden seien.

Herr Berlekamp ergänzt noch um einen Baum an der Wohnanlage Ecke Ludge-riistraße/Friedrich-Ebert-Ring. Dort sei ein sehr großer Baum nicht mehr ausge-trieben. Er bittet die Eigentümer anzusprechen, bevor Schaden entstehe.

10.5. Einbahnstraßenregelung Lingener Straße

Frau Nagelschmidt regt eine Überprüfung an, ob die Lingerner Straße von Paul-straße bis Hansaallee für die Radfahrer stadtauswärts freigegeben werden könne.

Herr Schröer werde die Anregung an den Arbeitskreis Verkehr weiterleiten.

10.6. LSA Holstener Weg / Venhauser Damm

Herr Michalski regt an, die LSA – Holstener Weg / Venhauser Damm -nur nach Bedarf zu schalten und somit eine „Schwarzampel“ daraus zu machen, da sie ohne Notwendigkeit für Autofahrer immer grün geschaltet sei.

10.7. Bebauung an der alten Aloysiusstraße

Herr Michalski erkundigt sich nach einer Baumaßnahme an der Aloysiusstraße. Er sei angesprochen worden, dass dort seit Monaten ein Bauschild stehe aber keine Bauaktivitäten zu verzeichnen wären. Außerdem möchten Anwohner wissen, was mit dem alten Baumbestand – hier Eichen – geschehen werde.

Ende der Sitzung:

19:35 Uhr

Heinrich Hagemeyer
Ausschussvorsitzender

Andrea Mischok
Schriftführerin